

MEINE MEINUNG

Mehr Verantwortung für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik

Rainer Arnold, MdB (SPD), Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar diskutiert die sicherheitspolitische Community wieder einmal über Deutschlands gewachsene Verantwortung in der Welt. Der Impuls, den Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen auf der Konferenz gebracht haben, führte bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Missverständnissen. Sie verbinden die Münchner Sicherheitskonferenz unmittelbar mit Militäreinsätzen. Einem „entschiedeneren und substanziellen Engagement Deutschlands“ (Steinmeier) sehen sie skeptisch entgegen und vermuten schon fast reflexhaft eine Welle neuer militärischer Interventionen. Die im Bundestag zur Abstimmung stehenden Mandate in Somalia und in der Zentralafrikanischen Republik werten sie als Indiz für eine Militarisierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Tatsächlich aber engagiert sich Deutschland zahlenmäßig nicht mehr, sondern weniger.

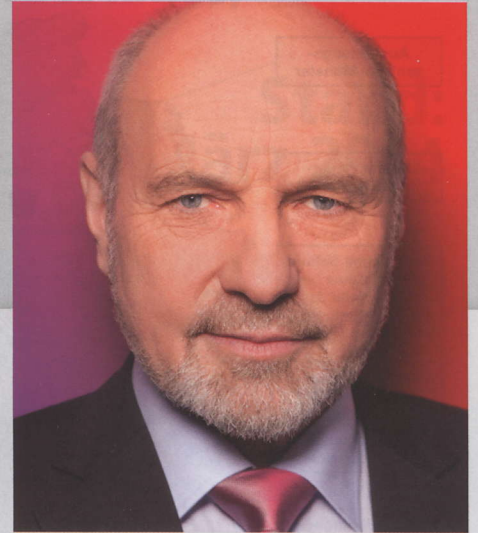
An der militärisch geführten Ausbildungsmission für Somalia – die auch nicht neu, sondern lediglich für einige Zeit unterbrochen wurde – beteiligt sich Deutschland mit bis zu 20 Soldaten. D.h. es sind maximal zehn Personen vor Ort. An der europäischen Mission in Mali sind 23 EU-Staaten mit insgesamt rund 570 Soldaten beteiligt. Deutschland stellt davon 104. Deutlicher wird das Verhältnis bei der VN-geführten Mission in dem Land: 42 Nationen stellen insgesamt 7.000 Sicherheitskräfte. Wir Deutschen sind mit 91 Soldaten und drei Flugzeugen dabei. Sehr anschaulich auch das deutsche Engagement im Sudan, hier stellen wir uns mit ganzen zehn Soldaten bei der VN-geführten Mission in Darfur der Verantwortung. Die anderen 42 beteiligten Staaten sind

mit einer Stärke von 14.800 Soldaten vertreten. Von einer neuen Welle militärischer Interventionen kann angesichts dieser Größenordnungen nicht die Rede sein. Zumal niemand von Kampfeinsätzen spricht: Gefordert sind Transportkapazitäten, also logistische Unterstützung, Ausbildung und medizinische Versorgung.

Vor rund zehn Jahren, in der Hochzeit des Kosovokonflikts, hatte Deutschland mehr als 10.000 Soldaten für internationale Einsätze bereitstehen. Im Augenblick sind es nicht einmal die Hälfte, und es werden im nächsten Jahr mit dem Abzug aus Afghanistan sogar signifikant weniger.

Es ist ein Grundkonsens in unserer Republik, dass sich Deutschland niemals im Alleingang diplomatisch oder militärisch engagiert – wir sind und bleiben fest eingebunden in die internationalen Bündnisse von NATO, EU oder den Vereinten Nationen. Und genau hier werden wir zukünftig mehr gefordert werden. Vor allem die Vereinten Nationen warten geradezu sehnsüchtig auf den Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan. Denn Deutschland ist zwar viertgrößter Beitragszahler für das Peacekeeping-Budget der VN, aber keine wirkliche Hilfe für die Friedensmissionen.

Die VN haben sehr viel Erfahrung mit komplexen Einsätzen, die ziviles, polizeiliches und militärisches Engagement miteinander verbinden. Ihnen fehlen aber Kapazitäten, insbesondere für Aufklärungs- und Kommunikationstechnologien, Luftbetankung- und Transport und Ausbildungseinheiten. Die Bundeswehr hingegen verfügt über einige dieser dringend benötigten Fähigkeiten. Sie hier mehr einzubringen, darin sehe ich einen Schwerpunkt für unsere



sicherheitspolitische Agenda der nächsten Jahre.

Die Bundeswehr ist allerdings in ihrer derzeitigen Struktur nicht auf die Führung einer größeren Zahl kleinerer, paralleler Operationen eingestellt, die vor allem mehr Transport- und Logistik erfordern. Auch fehlt es unserem vielgepriesenen vernetzten Ansatz noch an Kohärenz. Deshalb sollte die Bundesregierung bei der für dieses Jahr geplanten Evaluierung der neuen Struktur hier nachsteuern. Es kann nicht sein, dass die Europäer, wenn es bei den Truppenstellerkonferenzen zum Schwur kommt, immer das große, wirtschaftlich starke Deutschland auffordern müssen, jetzt mehr zu liefern.

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Wir profitieren als Exportnation mit am meisten von den Möglichkeiten der Globalisierung. Konflikte, die an den Rändern Europas stattfinden – sei es in der Ukraine oder auf dem afrikanischen Kontinent – gehen uns direkt etwas an. Wegschauen ist in unserer vernetzten Welt geradezu fahrlässig. Diese Argumente sind eigentlich eine Binse, aber sie müssen trotzdem immer wieder gesagt werden. Unsere Gesellschaft hat sich in ihrer Kultur der Zurückhaltung bequem eingerichtet. Sie muss sich endlich der Wirklichkeit stellen, d.h. der Verantwortung stellen. Deutschlands Rolle bleibt primär diplomatisch und zivil. Aber wann und wie sich unser Land als ultima ratio an militärischen Einsätzen beteiligt bleibt strittig und bedarf deshalb einer politisch und gesellschaftlichen Debatte.